

28.1.2010

HRK-Präsidentin appelliert an Politik: Den vielen guten Worten nun endlich Taten folgen lassen

Am Rande der Vorstandssitzung der European University Association (EUA) sagte die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Prof. Dr. Margret Wintermantel, heute in Brüssel:

„Die europäischen Hochschulen arbeiten gemeinsam intensiv an der Weiterentwicklung des europäischen Hochschul- und Forschungsraums. Wir brauchen dafür auch in Deutschland endlich die notwendige politische Unterstützung. Die Hochschulen haben das Bekenntnis zu einem Qualitäts- und Mobilitätspakt zur Unterstützung der Bologna-Reform gern vernommen, das die Regierungskoalition anlässlich des öffentlichen Fachgesprächs im Deutschen Bundestag am Mittwoch abgegeben hat. Sie sind aber äußerst beunruhigt, dass die Finanzminister den akuten Finanzbedarf der Hochschulen klein rechnen. Die bisherigen Erfolge der Studienreform und weitere notwendige Maßnahmen dürfen nicht gefährdet werden. Den vielen guten Worten müssen nun endlich Taten folgen. Falsche Zahlenspiele sind das Gegenteil dessen, was wir brauchen.

Die Umstellung auf die zweistufige Studienarchitektur ist in Deutschland weitgehend erfolgreich. Fast 80 Prozent der Studienangebote sind zum Wintersemester 2009/10 auf die neuen Studiengänge umgestellt. Die verbleibenden Angebote sind zu 71 Prozent Staatsexamensstudiengänge, auf deren Umstellung die Hochschulen keinen Einfluss haben. Die Quote der Studienanfänger in den neuen Studiengängen ist zum Wintersemester 2008/09 auf 75,2 Prozent gestiegen. Insbesondere die Fachhochschulen haben mit großem Erfolg ihre Studiengänge umgestellt: Im Wintersemester 2009/10 waren rund 96 Prozent der Studiengänge umgestellt.

Die Reform ist damit aber noch keineswegs abgeschlossen; vielmehr läuft die qualitative Weiterentwicklung auf Hochtouren. Größtes Hindernis bleiben die unzureichenden Betreuungsrelationen. Die Politik ist hier in der Pflicht, die in Aussicht gestellte Unterstützung auch tatsächlich zu gewähren. Der Versuch der Finanzminister, den Bedarf herunterzurechnen, gefährdet die Aussichten vieler junger Menschen auf ein qualitativvolles Studium.

Alle Beteiligten müssen sich jetzt darauf konzentrieren, die Qualität des Studiums zu sichern und weiter zu verbessern. Studierende und Arbeitgeber erwarten, dass die Inhalte gestärkt und der gute Ruf der akademischen Bildung in Deutschland nachhaltig gesichert werden. Sie fordern deshalb zurecht, die aktuelle Diskussion um Formalia und Abschlussbezeichnungen umgehend zu beenden. Selbstverständlich muss es den Universitäten und Fachhochschulen für die Zeit des Übergangs unbenommen bleiben, darauf hinzuweisen, welche Äquivalenzen zu den alten Abschlüssen bestehen. Eine Rückkehr zu den alten Studiengängen steht aber nicht zur Debatte.“